
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 3
Datum 20. Mai 2015

22 1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde

Verwaltungsbericht 2014; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse)

Präsidentin: Ich komme zu Traktandum 22, dem Verwaltungsbericht. Es geht um Kenntnisnahme des Berichtes und Abschreibung von drei Vorstössen. Eintreten ist gemäss Artikel 24 der Geschäftsordnung vorgegeben. Zum weiteren Vorgehen: Wir nehmen zuerst die allgemeinen Bemerkungen entgegen. Anschliessend wird der Bericht departementsweise durchgekämmt und wir kommen am Schluss zum Umsetzungsprogramm. Danach folgt die Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse. Die GPK hat das Wort zu den allgemeinen Bemerkungen.

Johanna Thomann, GPK: Die GPK dankt allen Verantwortlichen für die Berichterstattung 2014. Es gibt Interessantes, Spannendes und Überraschendes zu lesen. Aber auch Solches unter dem Motto "Geng z'gliiche". Es ist ein umfangreicher, manchmal etwas trockener Bericht. Deshalb freut sich die GPK, dass der Bericht 2015 attraktiver gestaltet werden soll und hofft, dass auch die Redaktion in die neue Gestaltung miteinbezogen wird. Wir werden unsere Fragen und Bemerkungen bei der Beratung kapitelweise machen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Zu den Fraktionen.

Marceline Stettler, GFL: Der Verwaltungsbericht: Ein 106-seitiges Nachschlagewerk über das Innenleben unserer Gemeinde, Sie haben ihn vor sich. Informativ, interessant und aufschlussreich. Eins ist sicher, es steckt eine Heidenarbeit und viel Herzblut dahinter. An dieser Stelle möchten wir allen Akteur/innen herzlich für den Aufwand danken. Die GFL stimmt der Kenntnisnahme zu, einzelne Bemerkungen machen wir später in der Detailberatung.

Ich möchte aber die Gelegenheit nützen, etwas zur geplanten Überarbeitung des Verwaltungsberichtes zu sagen. Die GPK nennt ihn trocken, für uns geht es in dieselbe Richtung. Ich lese Ihnen zwei Sätze vor: "Der Einsatz des Werkhofpersonals und der Salzverbrauch für das Jahr 2014 lagen im durchschnittlichen unteren Bereich." Oder: "Der Unterhalt an Maschinen, Geräten und Fahrzeugen wurde zum grössten Teil in der gemeindeeigenen Werkstatt vom Betriebsmechaniker durchgeführt." Die Einen finden das interessant, die Anderen finden das nicht sehr aussagekräftig. Die GFL gehört zu den zweiten. Wir fragen uns manchmal, ob das sein muss und ob das jedes Jahr sein muss. Zum Beispiel unter dem Thema "Gemeindestrassennetz" steht ein 11-zeiliger Absatz zum Thema "Unterhalt". Dieser war wortwörtlich bereits 2013 im Verwaltungsbericht.

Markus Bacher, FDP: Wir machen es aus Sicht der FDP mal etwas anders. Wir bringen jetzt ein paar Themen, verzichten dafür bei den einzelnen Kapiteln auf Voten. Verwaltungsbericht: Schikane für die Ersteller oder die Leser? Wir wissen es nicht. Obwohl wir als FDP an Rechtstendenzen Freude haben, wurde hier die rechte Maustaste etwas zu oft benutzt. Mit ihr kann man kopieren und einfügen und das ist bei sehr vielem der Fall. Freudig zur Kenntnis genommen haben wir die Tatsache, dass die Informatikverfügbarkeit hoch ist. Warum? Eine Gemeinde ohne funktionierende Informatik kann heute nicht mehr gut arbeiten. Die Kompetenz und Verfügbarkeit in Bezug auf Informatik ist hoch und dementsprechend kann auch der Service gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erbracht werden.

Was uns auch freut, ist, dass die Feuerwehr die Inspektion sehr gut überstanden hat. Es ist eine motivierte, gut ausgebildete Truppe und somit verfügt sie auch über einen sehr guten Stand. Es ist beruhigend zu wissen, dass man in einer Gemeinde wohnt, bei der im Brandfall jemand kommt.

Auch das GFO hat sich fit gemacht, ist einsatzbereit und konnte im zweiten Jahr einiges an die Hand nehmen, falls etwas, was wir nicht hoffen passiert. Aber wenn, dann sind wir parat.

Etwas gestaunt haben wir, dass immer "rund 1'600 Frösche" mithilfe der Helfer die Strasse überqueren. Es gibt zwar im Internet Recherchen, die das genauer belegen. Aber zu denken gegeben hat uns der Zustand der Feldschützen – vielleicht muss man denen in Zukunft über die Strasse helfen. Wenn die Mitglieder weiterhin so schwinden, gibt es in drei bis fünf Jahren keine Feldschützen mehr.

Zusammen mit der SP haben wir uns engagiert, mittels einer Motion. Es geht um die Situation der Kita. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist essentiell. Es fehlen Fachkräfte in der Schweiz und viele gehen verloren, weil zu wenig Betreuungsplätze da sind. Fazit: Wir danken den Erstellern, vor allem denen, die etwas Kreatives, Neues geschrieben haben. Wir anerkennen, dass sowohl die linke wie auch die rechte Maustaste beherrscht wird, hier hätte man die linke mehr gebrauchen können. Weniger fantasievoll sind die Zahlen, die in Wörter umgewandelt wurden, oder wenn die Zahl zehn zu 15 umgewandelt wurde. Wir freuen uns auf den neuen Bericht, trotzdem herzlichen Dank, auch für die Beantwortung unserer Fragen. Wir nehmen den Verwaltungsbericht zur Kenntnis und werden auch die Postulate abschreiben.

Markus Hadorn, BDP: Auch wir von der BDP möchten, den Kopien und wiederkehrenden Sätzen zum Trotz, recht herzlich danken für den umfangreichen Bericht. Wir haben keine Bemerkungen, nehmen den Bericht zur Kenntnis und stimmen dem Antrag des Gemeinderates zur Abschreibung der drei Postulate zu.

Peter Bähler, SVP: Auch die SVP dankt dem Gemeinderat für den Verwaltungsbericht 2014. Er zeigt auf, wie viele verschiedenen Aufgaben die Verwaltung innerhalb eines Jahres zu erledigen hat. Wir danken den Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Wir sind uns bewusst, dass diese Arbeit nicht immer einfach ist. Wir haben an der Fraktionssitzung abschnittsweise den Bericht besprochen. Ein paar Kapitel waren sehr ausführlich gehalten, andere relativ knapp. Die gewünschten Informationen jedoch, haben wir erhalten. Wir werden uns in der Detailberatung der einzelnen Kapitel zu Wort melden. Der Gemeinderat beantragt, mit dem Verwaltungsbericht auch drei Vorstösse abzuschreiben, für die SVP sind die Begründungen plausibel und wir stimmen der Abschreibung zu.

Präsidentin: Möchte die SP noch das Wort? Das ist nicht der Fall. Die Ratsmitglieder?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat zum Verwaltungsbericht äussern?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir gehen in die Detailberatung. Zuerst kann sich die GPK zu Wort melden, danach der Gemeinderat und danach alle Ratsmitglieder. Ich bitte Sie, deutlich zu sagen, auf welcher Seite, welchem Abschnitt und zu welchem Punkt sie Stellung nehmen.

1. Präsidiales (S. 6 – 33):

Peter Bähler, GPK: Seite 14: Das Total der Zahlen im Jahr 2013 beim Landbesitz der Gemeinde ist nicht korrekt. Bitte anpassen und nachfolgende Totale nachführen.

Seite 29, Ortsplanungsrevision: Im dritten Teil steht Juli 2015, es muss aber Juli 2014 heissen.

Seite 30, Gefahrenkarte: Warum wurde die bis heute hängige Revision der Überbauungsordnung Graben immer noch nicht genehmigt?

Seite 31, Planung Lättere: Hat der Kanton Bern die ZPP-Vorschriften (Zone mit Planungspflicht) genehmigt?

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Danke für die Hinweise, sie sind zutreffend. Der Landbesitz im 2013 ist nicht richtig addiert, beziehungsweise übertragen worden. Wichtig ist aber, dass die Fläche per Ende 2014 stimmt, die 56 ha 80 a 05 m².

Die Ortsplanungsrevision ist 2014, das ist ebenfalls richtig.

Zur Frage der hängigen Genehmigung der Revision Überbauungsordnung Graben, das ist genau wegen der Revision der Gefahrenkarte. Diese hat eine Abhängigkeit mit der Überbauungsordnung Graben, wenn also die Gefahrenkarte genehmigt ist, können sie dann die Überbauungsordnung Graben genehmigen.

Planung Lättere: Der Kanton hat die ZPP-Vorschriften genehmigt, pendent ist die Genehmigung der Überbauungsordnung. Die ist momentan beim Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR zur Genehmigung pendent.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Bruno Vanoni: Ich habe eine Nachfrage zur ZPP Lättere. Es gab in den letzten Monaten Unsicherheiten, ob der Kanton die ZPP genehmigt hat, weil er argumentierte, die strengen Energievorschriften würde er nicht genehmigen, zum Beispiel im Falle der Schäferei. Man könne dort die Energievorschriften auch aus der ZPP Lättere übernehmen, dort hätte das Volk ja bereits darüber abgestimmt. Ich möchte wissen, ob all die strengen Energievorschriften definitiv genehmigt sind, oder ob es hier immer noch offene Fragen gibt.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Wir haben abgestempelte, unterschriebene, genehmigte ZPP-Vorschriften Lättere im Haus und keine Korrespondenz, dass ein Vorbehalt aufgetreten wäre. Die Bemerkung von Bruno Vanoni ist richtig, das wurde bei der Schäferei angefügt. Aber es gab kein Rückkommen auf die Genehmigung der ZPP-Vorschriften Lättere, bis dato ist nichts eingegangen.

Bei der Überbauungsordnung ist es möglich, dass dort weitere Detailbestimmungen zur Energie aufgeführt wären und das allenfalls bestritten sein könnte. Die Energievorschriften sind abschliessend in der ZPP geregelt, in der ÜO haben wir nichts aufgeführt. Darum gehen wir davon aus, dass das kein Stolperstein sein wird. Aber bis wir das endgültige Testat haben, bleibt es pendent.

2. Finanzen (S. 34 – 38):

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat hierzu Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

3. Bau und Umwelt (S. 39 - 45):

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat hierzu Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Bruno Vanoni, GFL: Auf Seite 40 hat es eine Tabelle "Total Bauten in Minergie". Dort wird zwischen privaten und gemeindeeigenen Minergie-Gebäuden unterschieden. In der Fussnote unten werden zwei grosse Bauten des Bundes und Kantons erwähnt und wenn wir diese Fläche von den oben erwähnten privaten Minergie-Gebäuden abziehen, wären es nur noch 34'234m² private Minergie-Fläche. Ich bin davon ausgegangen, dass die erwähnten neuen Flächen von Bund und Kanton in der Tabelle oben inbegriffen sind. Vielleicht ist das ein Fehler. Aber ich finde es nicht plausibel, dass es nebst gemeindeeigenen Minergiegebäuden nur noch private Minergiegebäude gibt. Es gibt eben auch eine grosse Gebäude-Minergie von Kanton und Bund. Warum ich auf die Zahlen hinweise, hat noch einen anderen Grund. Im Minergie-Flyer, der auch auf der Gemeinwebseite aufgeschaltet ist, schreibt die Gemeinde unter dem Titel "energiepolitische Vorzeigeprojekte": "*Zollikofen verfügt Ende 2013 über eine beachtliche Minergiefläche von 100'000 m²*". Die Zahlen des Verwaltungsberichtes zeigen, dass diese Zahl Ende 2014 noch gar nicht erreicht war. Ende 2013 war das erst recht nicht der Fall. Fazit: Punkto Minergie stehen wir nicht so gut da, wie wir im schönen Faltblatt ausgewiesen haben.

Auf Seite 44 lesen wir, dass im letzten Jahr ein Re-Audit für die Energiestadt Zollikofen fällig gewesen wäre und dass Zollikofen wegen der strengeren Anforderungen des Energiestadt-Labels von 65 auf 56 Prozent der möglichen Punkte zurückgefallen wäre. Das ist für uns ein weiteres Zeichen, dass entgegen der vielen schönen Worte zuwenig vorwärts gemacht wird mit Energiesparen und dem Umsteigen auf erneuerbare Energien. Ein weiterer Hinweis findet sich in der Liste der hängigen Vorstösse auf Seite 9. Dort steht, dass die Motion Ökostatt Atomstrom, die Peter Kofel und Mitunterzeichnende eingereicht haben und vor bald vier Jahren hier erheblich erklärt wurde, immer noch hängig, beziehungsweise bei der Bauverwaltung in Bearbeitung sei. Im Oktober 2011 haben wir die nötigen finanziellen Mittel ins Budget 2012 aufgenommen und wir sind davon ausgegangen, dass man in den nächsten Jahren, getreu dem Motto, dem fast alle hier nach Fukushima zugestimmt haben, nur noch Ökostrom im gemeindeeigenen Verbrauch brauchen will und keinen Atomstrom mehr.

Aufgrund der Notiz, dass die Motion immer noch in Bearbeitung ist, haben wir nachgefragt und bekamen gute Antworten. Nun haben wir erfahren, dass der Gemeinderat im letzten Februar beschlossen hat, diesen Ökostrom auch wirklich zu beziehen, so dass diese Motion im nächsten Verwaltungsbericht abgeschrieben werden kann. Wir hätten eine aktive Info, insbesondere darüber, welcher Ökostrom verwendet werden soll, als sinnvoll erachtet.

Auf Seite 45 komme ich zu einem letzten betrüblichen Kapitel im Zusammenhang mit der Aktualisierung des Umweltkonzeptes. Diese Forderung wurde im März 2010 vom GGR als Postulat erheblich erklärt. Fünf Jahre später lesen wir im Verwaltungsbericht, dass das Umweltkonzept immer noch nicht überarbeitet ist, sondern mit den Energiestadt-Papieren zusammengelegt werden soll. Dabei hat der Gemeinderat im November 2013 auf Anfrage hin versprochen, dass die Arbeiten an der Aktualisierung des Umweltkonzeptes spätestens Ende 2014 abgeschlossen sein werden. Aus diesen Beispielen lese ich "Hüst und Hott" heraus. Es ist verlorene Zeit, verlorene Jahre in diesem Bereich. Das macht mich etwas ratlos und ohnmächtig.

Ich weiss, dass die zuständigen Verwaltungsstellen von anderen Aufgaben absorbiert gewesen waren und völlig überlastet sind. Das ist keine Kritik an den zuständigen Personen in der Verwaltung. Aber es ist eine Kritik an den Gemeinderat, der jetzt seit Jahren eine chronische Überlastung, insbesondere in der Bauverwaltung toleriert. Es ist seine Führungsaufgabe und auch seine Pflicht als Arbeitgeber, dafür zu sorgen, dass die nötigen personellen Ressourcen bereitstehen, damit die Aufgaben, die der GGR mit diesen Vorstössen gegeben hat und die sich der GR zum Teil selber gesetzt hat, erfüllt werden können. Ich möchte vom Gemeinderat hören, auf wann das Re-Audit Energiestadt geplant ist und bis wann die Aktualisierung des Umweltkonzeptes mit den Energiestadtbemühungen zusammengelegt wird.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Ich möchte im Zusammenhang mit der Intervention von Bruno Vanoni etwas über die Energiestadt sagen. Wo wir stehen und was wir bis wann machen wollen. Wie im Verwaltungsbericht geschrieben steht, hat die Auswertung des jetzigen Energiestadt-Massnahmenkataloges im Sommer 2014 ein sehr unbefriedigendes Resultat ergeben. Die Energiestadt Zollikofen würde von heute 65 Prozent auf 56 Prozent der möglichen Punktzahl fallen. Dies ist einerseits mit einer deutlichen Verschärfung der Bewertungsrichtlinien zu erklären. Auf der anderen Seite fehlten im Bereich Entwicklungsplanung/Raumordnung wesentliche Grundlagen, die erst durch die Ortsplanungsrevision erarbeitet werden. Zum Beispiel der Energierichtplan. Wenn man die einzelnen Teilbereiche des Massnahmenkataloges betrachtet, sieht die Lage folgendermassen aus: Beim Bereich Entwicklungsplanung/Raumordnung erreichen wir in der Auswertung 58 % der möglichen Punkte. Beim Bereich Kommunale Gebäudeanlagen 78%. Sehr gut. Beim Bereich Versorgung/Entsorgung 26 %. Beim Bereich Mobilität 58%. Beim Bereich interne Organisation 71 % und beim Bereich Kommunikation/Kooperation 42%. Damit ist klar, wo die Schwachstellen sind. In diesem Jahr wird der Gemeinderat entscheiden, ob das Ziel Goldlabel noch weiter verfolgt wird. Zum Erreichen des Goldlabels müssen mindestens 75% der möglichen Punkte erzielt werden. Als Grundlage für diesen Entscheid wird die Kommission Bau und Umwelt einzelne Massnahmen mit Angaben wie "Kosten, Nutzen für die Gemeinde und Einfluss auf die Energiestadtbewertung" vorschlagen. Nur Massnahmen, die wirtschaftlich vertretbar sind und für die Gemeinde nützlich sein werden, können dann voraussichtlich berücksichtigt werden. Das Re-Audit Energiestadt wird im September dieses Jahres stattfinden.

Betreffend Aktualisierung des Umweltkonzeptes: Wir werden mit einem Vorschlag kommen, ob in diesem oder Anfang nächstes Jahr werden wir sehen. Aber wir werden für das Re-Audit viele Unterlagen vorbereiten müssen und diese Unterlagen sind eine gute Basis für die Zukunft.

4. Tiefbau, Ver- und Entsorgung (S. 46 - 53)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

5. Bildung (S. 54 – 72)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

Bruno Vanoni, GPK: Seite 55, Liste Kindergarten: Die Zahlen bei Kläyhof 2 (KG 2) sind nicht korrekt. Es sind 12 Mädchen und 9 Knaben.

Seite 63, Betrieb: Die Mittagsbetreuung der Tagesschule im Türmlischulhaus gerät ans räumliche Limit. Was ist für die Verbesserung dieses Umstandes in Zukunft geplant?

Die GPK hat folgende Frage im Bereich Bildung, die im Verwaltungsbericht nicht aufgeführt ist und vielleicht künftig aufgenommen werden könnte: Wie viele schulpflichtige Kinder hat Zollikofen insgesamt?

Die GPK würde es begrüßen, wenn künftig auch kurz über die Bereiche Aufgabenhilfe und Übersetzung der Elterngespräche für ausländische Mitbürger eine Aussage gemacht werden könnte.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Die Bemerkung auf Seite 55 ist richtig. Da wurden zwei Zahlen vertauscht.

Tagesschule Türmlischulhaus: Im Moment ist die Mittagsbetreuung intern geregelt. Der Gemeinderat hat einen Prüfungsauftrag erteilt, wir schauen, was möglich ist, aber nicht von heute auf morgen.

Wegen der Anzahl schulpflichtiger Kinder: Diese ist auf der aufgeschalteten Schülerstatistik zu finden. 1'084 schulpflichtige Kinder inklusive Kindergärteler gibt es, von diesen gehen 993 in Zollikofen zur Schule. Andere gehen nach Bern, dann gibt es noch wenige fremdplatzierte Kinder und solche, die in Privatschulen gehen.

Aufgabenhilfe und Übersetzung der Elterngespräche: Wir werden sehen, wie der Verwaltungsbericht im nächsten Jahr aussieht, wenn möglich, können wir dies durchaus erwähnen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

6. Soziales (S. 73 – 84)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

7. Sicherheit und Integration (S. 85 – 92)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Berichterstattung zum Umsetzungsprogramm 14/18 (S. 93 - 108)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Marceline Stettler, GFL: Auf Seite 95 ist im unteren Teil unter 2b das Projekt "Förderung der Sprachkompetenz fremdsprachiger Kinder im Vorschulalter" erwähnt. Die Rückmeldungen der Kindergartenlehrpersonen sind nur ein bisschen positiv, sie könnten sich besser in eine Gruppe einfügen, hätten weniger Trennungsängste, aber dass sie die Sprache gelernt haben, davon steht nichts. Da müssten man eventuell schauen, warum das so ist. Hier heisst es "teilweise erfüllt" ich finde das "knapp teilweise erfüllt".

Sabine Huber, FDP: Die Bemerkung, dass punkto Sprache nichts steht, ist so nicht richtig. Es sind bei den Rückmeldungen durchaus Antworten gekommen, dass es Verbesserungen gegeben hat. Sie sind nicht gewaltig. Deshalb werden wir auf die definitive Einführung hin überprüfen, ob die Kinder zweimal pro Woche hingehen sollen. Kinder gehen heute mit vier Jahren in den Kindergarten; wir gehen jetzt die dreijährigen an. Mit einem zweijährigen Kind in der Spielgruppe die Sprache zu lernen, ist nicht sehr zielführend, weil schon nur die Muttersprache noch beschränkt gesprochen wird.

Deshalb prüfen wir die Variante zweimal pro Woche, ein Jahr vor dem Kindergarten.

Toni Oesch, FdU: Seite 108. Wenn bei diesem Leitsatz die Tätigkeiten anders aufgeglist worden wären, hätte bei der Beurteilung geschrieben werden können "*Teilweise erfüllt*", und zwar wie folgt:

1. Steueranlage reduzieren
2. Keine Erhöhung von Gebühren oder ähnlichem im Steuerhaushalt, wie die Liegenschaftssteuer
3. Anpassung der Gebühren der Spezialfinanzierungen nach Massgabe der wirtschaftlichen Erfordernisse
4. Die Investitionen des Steuerhaushaltes zu 65 % selber finanzieren.

Das empfehle ich für weitere Jahre.

Präsidentin: Gibt es Bemerkungen des Gemeinderates?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Dann stelle ich fest, dass wir diese Berichterstattung ebenfalls abgeschlossen haben. Wir kommen zur Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse.

Gibt es zum Postulat Ralph George betreffend "Optimierung des ÖV-Netzes in Zollikofen" Wortmeldungen? Nein? Wer will abschreiben?

Abstimmung

Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.

Gibt es zum Postulat Samuel Lemann und Mitunterzeichnende "betreffend "Räume für Freizeit, Bildung und Kultur" Wortmeldungen? Nein? Wer will abschreiben?

Abstimmung

Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.

Gibt es zum Postulat Samuel Lemann und Mitunterzeichnende betreffend "Bessere Nutzung des SIBP für Gemeindeverwaltung, Schulen und ortsansässige Vereine" Wortmeldungen? Wer will abschreiben?

Abstimmung

Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.

Präsidentin: Ich stelle somit gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Litera c der Gemeindeverfassung fest:

Abstimmung:

1. Der Verwaltungsbericht 2014 der folgenden Departemente wird zur Kenntnis genommen:
 1. Präsidiales
 2. Finanzen
 3. Bau und Umwelt
 4. Tiefbau, Ver- und Entsorgung
 5. Bildung
 6. Soziales und Gesundheit
 7. Sicherheit und Integration
 2. Die Berichterstattung 2014 zum Umsetzungsprogramm 14 / 18 wird zur Kenntnis genommen.
 3. Das Postulat Ralph George betreffend "Optimierung des ÖV-Netzes in Zollikofen" wird als erledigt abgeschrieben.
 4. Das Postulat Samuel Lemann und Mitunterzeichnende betreffend "Räume für Freizeit, Bildung und Kultur" wird als erledigt abgeschrieben.
 5. Das Postulat Samuel Lemann und Mitunterzeichnende betreffend "Bessere Nutzung des SIBP für Gemeindeverwaltung, Schulen und ortsansässige Vereine" wird als erledigt abgeschrieben.
-

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE